

Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinegger, Steiner, Stucky, Vetterli, Vogel, Weigelt, Wittenwiler, Wyss (75)

Dagegen stimmen – Rejetten le projet:

Aguet, Alder, Berberat, Blocher, Borel, Bortoluzzi, Bühlmann, Carobbio, Chiffelle, de Dardel, Diener, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gysin Remo, Hafner Ursula, Hollenstein, Hubacher, Hubmann, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jutzet, Ledergerber, Leuenberger, Meyer Theo, Rennwald, Semadeni, Spielmann, Teuscher, Thanei, Thür, Vallender, Vermot, von Allmen, von Felten, Wiederkehr (37)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Aeppli, Bäumlín, Dünki, Fankhauser, Fasel, Grendelmeier, Herczog, Meier Samuel, Moser, Ostermann, Pini, Strahm, Suter, Vollmer, Weyeneth (15)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:

Aegger, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Béguelin, Binder, Bodenmann, Borer, Brunner Toni, Cavalli, Christen, Columberg, Comby, Couchepin, David, Dreher, Ducrot, Durrer, Egerszegi, Ehrler, Engler, Eymann, Fässler, Freund, Friderici, Fritschi, Gadiant, Giezendanner, Goll, Gonseth, Grobet, Grossenbacher, Guisan, Gusset, Haering Binder, Hämmerle, Heberlein, Keller, Kunz, Langenberger, Leemann, Loretan Otto, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Müller-Hemmi, Philipona, Randegger, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Roth, Ruf, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Scherrer Werner, Schmid Odilo, Seiler Hanspeter, Steinemann, Straumann, Stump, Theiler, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Weber Agnes, Widmer, Widrig, Zapfl, Zbinden, Ziegler, Zwiggart (72)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Stamm Judith (1)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

96.021

**Neuorientierung
der Regionalpolitik
Nouvelle orientation
de la politique régionale**

Differenzen – Divergences

Siehe Seite 82 hiervor – Voir page 82 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 11. März 1997
Décision du Conseil des Etats du 11 mars 1997

**A. Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete
A. Loi fédérale sur l'aide aux investissements dans les
régions de montagne**

Art. 1 Bst. e

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 1 let. e

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Schmid Samuel (V, BE), Berichterstatter: Es handelt sich hier um die Bereinigung einer geringen Differenz, indem die WAK Ihres Rates dem Ständerat zustimmt und beantragt, entgegen unserem ursprünglichen Beschluss in Artikel 1 Littera e die drei Worte «zwischen den Regionen» zu streichen. Der Grund liegt darin, dass die Regionen in Artikel 3 des Gesetzes speziell definiert sind und diese Definition von dieser allgemein gehaltenen Regionsbestimmung in unserem ursprünglichen Text abweicht. Damit wird im Gesetz ein einheitlicher Regionsbegriff verwendet, und dies trägt zweifellos zur Klärung bei.

Es besteht keine Differenz, und ich bitte Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Cavadini Adriano (R, TI), rapporteur: Il y a une divergence qui tient en trois mots: on veut éliminer la référence aux régions pour ne pas donner l'impression qu'on veut éliminer les disparités entre les régions LIM, et non pas avec les autres régions de la Suisse.

Nous vous invitons à adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Sammeltitel – Titre collectif

**Aussenwirtschaftspolitik
und Europäisches Parlament.
Berichte**

**Politique économique extérieure
et Parlement européen.
Rapports**

97.002

**Aussenwirtschaftspolitik.
Bericht 1996/I, II
Politique économique extérieure.
Rapport 1996/I, II**

Bericht, Botschaften, Gesetz- und Beschlussentwürfe
vom 15. Januar 1997 (BBl II 1)
Rapport, messages, projets de loi et d'arrêté
du 15 janvier 1997 (FF II 1)

Beschluss des Ständerates vom 3. März 1997
Décision du Conseil des Etats du 3 mars 1997

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten und Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Entrer en matière et prendre acte du rapport

96.116

**Delegation Efta/Europäisches Parlament.
Bericht****Délégation AELE/Parlement européen.
Rapport**

Beschluss des Ständerates vom 3. März 1997

Décision du Conseil des Etats du 3 mars 1997

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Vollmer Peter (S, BE) unterbreitet im Namen der Delegation Efta/Europäisches Parlament den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Efta**1.1 Die Efta heute**

Seit Januar 1995 gehören der Efta nur noch vier Länder an: Liechtenstein, Island, Norwegen und die Schweiz. Finnland, Österreich und Schweden sind auf diesen Zeitpunkt hin der Europäischen Union beigetreten. Die Efta-Verwaltung ist aufgrund dieser Abgänge grundsätzlich restrukturiert und reduziert worden.

Der Personalbestand wurde von 130 auf 60 reduziert. Das Efta-Generalsekretariat bleibt in Genf, doch zwei Drittel des Personals wurden nach Brüssel verlegt. In Genf ist noch ein Drittel der Angestellten tätig. Sie befassen sich vor allem mit den Beziehungen der Efta zu Drittländern. Zu erwähnen sind noch der Efta-Gerichtshof mit Sitz in Luxemburg und die Efta-Überwachungsbehörde (ESA) in Brüssel – beides EWR-Institutionen, welchen die Schweiz nicht angehört.

Die Efta-Verwaltung scheint die Umgestaltung insgesamt gut überstanden zu haben und zeigt sich den neuen Erfordernissen gewachsen.

Durch die Abgänge von Finnland, Österreich und Schweden hat die Efta allerdings an Bedeutung verloren. Sie ist neben anderen regionalen Handelsblöcken klein geworden. Als Partner in Europa kann sie keine Alternative zur EU mehr sein. Drittstaaten suchen primär den Anschluss an die EU. An der Efta liegt es, mit diesen Staaten ihrerseits Freihandelsverträge abzuschliessen, um in den wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Drittstaaten nicht durch komparative Nachteile gegenüber den Mitgliedstaaten der EU behindert zu werden. Dennoch ist die Mitgliedschaft bei der Efta für die Schweiz von nicht zu unterschätzender Bedeutung. In einem Umfeld, in welchem Vereinbarungen und Verträge immer öfter zwischen regionalen Wirtschaftsblöcken getroffen werden und nicht mehr bilateral zwischen einzelnen Nationalstaaten, erlaubt die Efta-Mitgliedschaft unserem Land wenigstens in begrenztem Ausmass eine Beteiligung auf dieser Ebene. Als Beispiel dafür mag die Vereinbarung über die paneuropäische Kumulation gelten (s. Punkt 1.2). Von «begrenztem Ausmass» muss deshalb gesprochen werden, weil die Efta nicht über die Grösse und das wirtschaftliche Gewicht verfügt, auf allen Ebenen gleichberechtigt mitzuspielen. So bleibt sie etwa vom Dialog zwischen den asiatischen und europäischen Wirtschaftsmächten ausgeschlossen, weil dieser sich bisher nur zwischen der EU einerseits und den Mitgliedstaaten der Asean sowie China, Japan und Korea andererseits abspielt.

Die Beziehungen der Efta zu Drittstaaten wurden in jüngster Zeit sowohl durch den Ausbau bestehender Abkommen als auch durch den Abschluss neuer Freihandelsabkommen und Zusammenarbeitserklärungen vertieft und erweitert. Gerade für die Schweiz ist dieser Aspekt von zentralem Interesse. Punkt 1.3 des Berichtes ist speziell dem Thema Drittlandbeziehungen gewidmet.

Zu erwähnen ist ferner die ursprüngliche Funktion der Efta, nämlich die Gewährleistung und der Ausbau des Freihandels unter ihren Mitgliedern, auch wenn diese durch den Austritt von Finnland, Österreich und Schweden an Bedeutung verloren hat.

Zunehmend dient die Efta heute auch als Rahmen für die Koordination unter jenen Mitgliedstaaten, die dem EWR beigetreten sind. Bei dieser Tätigkeit nimmt die Schweiz einen Beobachterstatus ein. Der Schweiz ermöglichen die Efta-Mitgliedschaft und der Beobachterstatus im EWR-Pfeiler der Efta immerhin den Informationszugang. Sie bleibt so auf dem laufenden, was die Entwicklungen im EWR betrifft. An den zahlreichen Expertentreffen zwischen EU und Efta, an denen neue Normen und Bestimmungen für den Handel diskutiert werden, kann sie zwar nicht mitreden, aber doch als Beobachterin teilnehmen.

1.2 Harmonisierung der Ursprungsregeln – paneuropäische Kumulation

Nach langen Verhandlungen haben 1996 die EU, die Efta und zehn Länder Mittel- und Osteuropas (Moel) einen Vertrag zur «Harmonisierung der präferentiellen Ursprungsregeln» abgeschlossen. Dieses Übereinkommen, welches eine europaweite Vereinheitlichung der Ursprungsregeln umfasst, tritt auf den 1. Januar 1997 in Kraft. Eine Ware, die einmal in einem Teilnehmerstaat den Status des präferentiellen Ursprungs erlangt hat, behält diesen bei, auch wenn sie in einem oder mehreren Staaten der EU, Efta oder Moel weiterverarbeitet wird. Davon profitiert ganz konkret etwa unsere Textilindustrie, welche Schweizer Waren z. B. kostengünstig in mittel- und osteuropäischen Staaten weiterverarbeiten lassen kann (passiver Veredelungsverkehr), um sie anschliessend ohne zusätzliche Zollbelastung wieder in EU-Staaten zu exportieren.

Es war nicht immer ganz unbestritten und selbstverständlich, dass sich die Schweiz nach dem EWR-Nein an diesem «gesamteuropäischen Freihandelsraum» beteiligen kann. Letztlich hat sich die Mitgliedschaft bei der Efta als wichtiges und nützliches Instrument für die Einbindung der Schweiz in dieses wichtige Vertragswerk erwiesen.

1.3 Drittlandbeziehungen

Im Jahr 1995 konnte die Efta ihr Netz von Freihandelsverträgen mit Drittstaaten erheblich ausbauen. Am 13. Juni wurde das Abkommen mit Slowenien unterzeichnet, im Dezember folgten Estland, Lettland und Litauen. Ebenfalls im Dezember 1995 wurden Zusammenarbeitserklärungen mit Ägypten, Marokko und Tunesien unterzeichnet. Die Zusammenarbeitserklärungen dienen als Grundlage für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mit diesen Ländern, welcher später zum Abschluss von Freihandelsabkommen führen kann. Schon im Rahmen dieser Zusammenarbeitserklärungen sind konkrete Massnahmen im Bereich der Handelserleichterung und des Informationsaustausches vorgesehen.

Im März 1996 wurde eine Zusammenarbeitserklärung mit Mazedonien unterzeichnet, und im Oktober 1996 wurden formelle Verhandlungen über Freihandelsverträge mit Marokko und Tunesien aufgenommen.

Die Efta-Staaten haben ferner beschlossen, Malta und Zypern die Aushandlung von Freihandelsabkommen vorzuschlagen. 1996 haben verschiedene Kontakte mit diesen beiden Ländern stattgefunden, doch konnten bisher keine wesentlichen Fortschritte im Hinblick auf einen Vertragsabschluss erreicht werden. Dies dürfte zur Hauptsache daran liegen, dass sich beide Staaten auf ihre Beziehungen zur EU konzentrierten. Die EU hat Malta und Zypern zugesichert, sechs Monate nach Abschluss der EU-Regierungskonferenz Beitrittsverhandlungen mit beiden Staaten aufzunehmen. In Malta könnte sich die Situation nach dem Regierungswechsel im Oktober 1996 ändern. Wenn die neue Regierung Maltas ihr EU-Beitrittsge-such, wie angekündigt, zurückzieht, dann dürfte ihr Interesse an einem Freihandelsvertrag mit der Efta zunehmen.

Der jüngste Schritt im Ausbau des Beziehungsnetzes erfolgte am 16. Dezember 1996 in Genf mit der Unterzeichnung einer Zusammenarbeitserklärung zwischen der Efta und den Behörden der palästinensischen Autonomiegebiete. Die Efta hat aber nicht nur Verträge mit neuen Partnern abgeschlossen, es wurden auch bestehende Verträge qualitativ verbessert und ausgebaut. An dieser Stelle sind primär die paneuropäische Kumulation zu erwähnen, aber auch der Einbezug des Schutzes von geistigem Eigentum oder das öffentliche Beschaffungswesen.

1.4 Die Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS)

Seit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrages gibt es aufgrund der Nichtmitgliedschaft der Schweiz zwei Efta-Parlamentarierkomitees:

– Das seit 20 Jahren bestehende Komitee der Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus den Efta-Staaten (Committee of Members of Parliament of the Efta Countries, CMP), welches sich aus je 5 Parlamentariern und Parlamentarierinnen aus den Efta-Staaten zusammensetzt. Es befasst sich mit allen Fragen, die sich auf die Efta als Ganzes beziehen, insbesondere auch mit den Drittlandbeziehungen der Efta.

– Das Komitee der Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus den Efta-Staaten, welche im EWR mitwirken (Committee of Members of Parliament of the Efta States, MPS), welches sich mit allen Fragen befasst, die in Zusammenhang mit dem EWR stehen: Norwegen ist hier mit 6 Parlamentariern und Parlamentarierinnen vertreten, Island mit 4 und Liechtenstein mit 2. Die Mitglieder der Schweizer Delegation haben in diesem Komitee einen Beobachterstatus. Dieses Komitee bildet zugleich die Efta-Seite im Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuss (Joint Parliamentary Committee, JPC, s. Punkt 1.6), ebenfalls mit der Schweizer Delegation im Beobachterstatus.

Die beiden Komitees halten ihre Sitzungen immer gemeinsam ab. Im Berichtsjahr wurden beide Komitees vom Liechtensteiner Otto Büchel präsidiert.

Nachdem die Schweiz ihren Anspruch auf das Präsidium unmittelbar nach dem EWR-Nein nicht geltend machen wollte, wurde anlässlich der Sitzung im Juni 1996 in Akureyri (Island) der Leiter der Schweizer Delegation, Nationalrat Peter Vollmer, als Präsident für das CMP für 1997 gewählt. Das Präsidium für das MPS übernimmt 1997 der Isländer Vilhjálmur Egilsson.

1.5 Tätigkeiten der Efta-Parlamentarierkomitees 1996

Die Efta-Parlamentarierkomitees traten im Berichtsjahr insgesamt fünfmal zu einer formellen Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen das Verhältnis zur EU, die Funktionsweise des EWR und die Beziehungen zu Drittstaaten, insbesondere zu den Ländern des Mittelmeerraumes und den mittel- und osteuropäischen Ländern.

Ferner organisierten die Komitees im September 1996 ein zweitägiges Informationsseminar über den EWR, zu dem auch weitere interessierte Parlamentarier und Parlamentarierinnen aus den Efta-Mitgliedstaaten eingeladen waren.

Im April besuchte eine Delegation der Efta-Parlamentarierkomitees Zypern und Malta, welchen die Efta Verhandlungen über einen Freihandelsvertrag vorgeschlagen hatte. Sie suchten den Kontakt zu den zuständigen Parlamentskommissionen und den verantwortlichen Regierungsstellen, um den ins Stocken geratenen Dialog über die vorgeschlagenen Vertragsverhandlungen wieder in Gang zu bringen.

Im Berichtsjahr fanden zwei Begegnungen mit dem Efta-Ministerrat statt. Bei den Begegnungen mit den Ministern wurden aktuelle Themen und Probleme diskutiert, so das Verhältnis zwischen Efta und EU und die möglichen Auswirkungen der Weiterentwicklung der EU. Hier standen die Auswirkungen der kommenden Währungsunion auf die Efta-Staaten im Vordergrund, wie auch mögliche Einflüsse des Schengener Übereinkommens auf die nordische Passunion.

Weitere Themen der Aussprache zwischen den Parlamentarierkomitees und den Ministern waren die Globalisierung der Weltwirtschaft und die Rolle, welche die Efta in der interregionalen Zusammenarbeit wahrnehmen kann. Hinsichtlich der Beziehungen zu Drittstaaten wurde festgehalten, dass für die Efta zum gegebenen Zeitpunkt zwar keine neuen Vollmitgliedschaften zur Diskussion stehen, dass aber in pragmatischer Weise von Fall zu Fall eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten gesucht wird, die den beidseitigen Bedürfnissen gerecht wird. Als Beispiel dafür mag Slowenien gelten. Seit 1995 ist ein Freihandelsvertrag zwischen der Efta und Slowenien in Kraft. Darüber hinaus sind im Sinne einer technischen Unterstützung und Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen der Efta auch Experten der slowenischen Verwaltung beteiligt.

1.6 Tätigkeiten des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses (JPC)

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuss (im folgenden EWR-Parlamentarierausschuss), in welchem die Schweiz den Beobachterstatus hat, setzt sich aus dem MPS und einer Delegation des Europäischen Parlamentes zusammen. Der EWR-Parlamentarierausschuss ist nicht direkt in das Beschlussfassungsverfahren einbezogen, weil die Parlamente der Efta-Staaten ihre Zuständigkeiten bewahren. Er übt aber eine demokratische Kontrolle im Rahmen des EWR mittels Berichten und Entschliessungen sowie über seine Befugnis zur Abgabe von Stellungnahmen zum Jahresbericht des Gemeinsamen EWR-Ausschusses aus. Der Gemeinsame EWR-Ausschuss ist für die Umsetzung und das Funktionieren des EWR-Abkommens verantwortlich.

Der EWR-Parlamentarierausschuss trat 1996 zweimal zusammen.

Es wurden dabei folgende Resolutionen erarbeitet und verabschiedet:

- Resolution über die Aktivitäten des EWR 1995 (3.6.1996);
- Resolution über die Telekommunikation (3.6.1996);
- Resolution über die Wettbewerbspolitik (7.10.1996);
- Resolution über die paneuropäische Kumulation (7. Oktober 1996).

1996 wurde der Ausschuss vom Präsidenten der Delegation des Europäischen Parlamentes, dem Finnen Olli Rehn, präsidiert. Im kommenden Jahr wird das Präsidium wieder bei der Efta liegen, wo es vom Isländer Vilhjálmur Egilsson ausgeübt wird.

2. Die Beziehungen zum Europäischen Parlament

2.1 Das 15. Interparlamentarische Treffen zwischen der Schweiz und dem Europäischen Parlament in Brüssel

Seit 15 Jahren findet jährlich ein Treffen der Schweizer Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament mit der Delegation des Europäischen Parlamentes für die Beziehungen zur Schweiz, zu Island und Norwegen statt. Die Treffen werden alternierend in der Schweiz, in Brüssel oder in Strassburg abgehalten. Nachdem die Delegation des Europäischen Parlamentes 1995 zu einer Sitzung nach Neuenburg eingeladen war, begab sich die Schweizer Delegation am 23./24. April 1996 nach Brüssel.

Die Gastgeber informierten zunächst über die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation und die jüngsten Entwicklungen in der EU, wobei die Zielsetzungen und Erwartungen rund um die Regierungskonferenz im Vordergrund standen. Anschliessend schilderten verschiedene Referenten der Schweizer Delegation die wirtschaftliche und politische Lage in der Schweiz. Interessiert zeigten sich Mitglieder des Europäischen Parlamentes speziell an währungsrelevanten Fragen – harter Schweizerfranken, Beurteilung der kommenden Währungsunion seitens der Schweiz –, an der Verkehrspolitik (Neat) und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen aber die bilateralen sektoriellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU, wobei sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Dossiers «Freizügigkeit im Personenverkehr» und «Landverkehr» richtete. Von seiten der Mitglieder des Europäischen Parlamentes wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass Zugeständnisse an die Schweiz nur auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit erfolgen könnten. Es sei ferner nicht denkbar, dass die Schweiz in bilateralen Verhandlungen bessere Resultate erreichen könne als neu beigetretene EU-Mitglieder. Die Angst der Schweiz vor einer Einwanderungswelle im Fall der Gewährung der vollen Freizügigkeit hielt man aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der EU für gänzlich unangebracht. Quoten und Kontingente im Bereich des Personenverkehrs werden von den EU-Mitgliedstaaten als Instrumente der Vergangenheit betrachtet, die man endgültig beiseite gelegt hat. Die Mitglieder der Schweizer Delegation verwiesen auf den hohen Ausländeranteil in der Schweiz, die bestehenden Ängste in der Bevölkerung, welche zur Ablehnung des EWR geführt hatten, sowie auf die Bereitschaft der Schweiz, der EU eine Regelung anzubieten, welche de facto einer Freizügigkeit gleichkommt. In diesem Sinne plädierten sie um Verständnis für die Tatsache, dass es für die Akzep-

tanz der Resultate dieser Verhandlungen unabdingbar ist, dass die Schweiz nach Ablauf einer Probezeit nochmals darüber entscheiden kann, ob die volle Freizügigkeit eingeführt wird.

Insgesamt verlief das Treffen trotz bzw. dank einer sehr angeregten und zum Teil kontroversen Diskussion in sehr angenehmer Atmosphäre und war dem gegenseitigen Verständnis zweifellos förderlich.

3. Verzeichnis der parlamentarischen Aktivitäten 1996

30. Januar 1996:

Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS) in Brüssel

20. Februar 1996:

Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS) in Brüssel; Anhörung durch den Institutionellen Ausschuss des Europäischen Parlamentes zur EU-Regierungskonferenz

28. März–2. April 1996:

Besuch einer Delegation der Efta-Parlamentarierkomitees in Zypern und Malta

17. April 1996:

Vorbereitungssitzung für das 15. Interparlamentarische Treffen Schweiz/Europäisches Parlament

23./24. April 1996:

15. Interparlamentarisches Treffen Schweiz/Europäisches Parlament in Brüssel

3./4. Juni 1996

Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS) in Akureyri, Island; Sitzung des Gemeinsamen EWR-Parlamentarierausschusses (JPC); Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees mit den Efta-Ministern

3./4. September 1996

Seminar der Efta-Parlamentarierkomitees zum Thema EWR/EU in Brüssel

7./8. Oktober 1996

Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS) in Brüssel; Sitzung des Gemeinsamen EWR-Parlamentarierausschusses (JPC)

16. Dezember 1996

Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees (CMP/MPS) in Brüssel; Sitzung der Efta-Parlamentarierkomitees mit den Efta-Ministern

4. Die Schweizer Delegation Efta/Europäisches Parlament

4.1 Die Zusammensetzung der Delegation Efta/Europäisches Parlament

Die Schweizer Delegation setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen (*kursiv: Mitglieder des Ständerates*):

Delegation Efta:

Peter Vollmer (Präsident), Christoffel Brändli (Vizepräsident), Peter Bieri, Jacques-Simon Eggly, Lili Nabholz

Suppleanten: Michel Béguelin, Christiane Brunner, Fulvio Pelli, Remigio Ratti, Kurt Schüle

Delegation Europäisches Parlament:

Peter Vollmer (Präsident), Christoffel Brändli (Vizepräsident), Michel Béguelin, Peter Bieri, Christiane Brunner, Jacques-Simon Eggly, Lili Nabholz, Fulvio Pelli, Remigio Ratti, Kurt Schüle

4.2 Erste Erfahrungen mit der neuen Delegationsstruktur

Vor einem Jahr hatte das Büro auf Antrag der Delegation einer neuen Struktur der Delegation Efta/Europäisches Parlament zugestimmt. Damit wurde die ursprüngliche Delegation von 15 Mitgliedern, welche sich in zwei Subkommissionen unterteilte, auf 10 Mitglieder reduziert. Fünf davon gehören dem engeren Kreis der Delegation Efta an. Zusammen mit den weiteren fünf Mitgliedern, welche zugleich die Suppleanten der Delegation Efta sind, bilden sie die zehnköpfige Delegation für die Beziehungen zum Europäischen Parlament. Diese neue Struktur hat sich in der Praxis soweit bewährt. Die Grösse scheint angemessen zu sein; auch für die Suppleanten ergibt sich immer wieder Gelegenheit, an den Sitzungen der Efta-Parlamentarierkomitees teilzunehmen und sich so über die Entwicklungen im Rahmen der Efta auf dem laufenden zu halten.

Einzig die kleineren Parteien mit nur einem Mitglied in der Delegation beklagten gelegentlich den Mangel an einer Möglichkeit der Vertretung aus der eigenen Partei. Obwohl in der

Delegation traditionell die Parteiangehörigkeit nicht gleichermassen im Vordergrund steht wie in den ständigen Kommissionen, hat das Büro beschlossen, in Ausnahmefällen die Vertretung durch Fraktionsangehörige, welche nicht der Delegation angehören, zuzulassen.

Wir bitten Sie, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Vollmer Peter (S, BE) présente au nom de la Délégation AELE/Parlement européen le rapport écrit suivant:

1. L'AELE

1.1 L'AELE aujourd'hui

Depuis le mois de janvier 1995, et suite à l'entrée dans l'Union européenne de la Finlande, de l'Autriche et de la Suède, quatre pays seulement sont encore membres de l'AELE, à savoir le Liechtenstein, l'Islande, la Norvège et la Suisse. Cette situation nouvelle a entraîné une réorganisation et un redimensionnement à la baisse des structures administratives de l'AELE.

Les effectifs ont été ramenés de 130 à 60 personnes. Si le siège du Secrétariat général reste à Genève, deux tiers du personnel ont été transférés à Bruxelles. Le personnel en place à Genève s'occupe essentiellement des relations de l'AELE avec les pays tiers. Rappelons également pour mémoire l'existence de deux institutions de l'AELE nées de la création de l'EEE auxquelles la Suisse n'a pas adhéré: la Cour de Justice, sise à Luxembourg, et l'Autorité de surveillance, sise à Bruxelles. Dans l'ensemble, la réorganisation ne semble pas avoir eu d'impact majeur sur les services administratifs de l'AELE, qui se montre à la hauteur de ses nouvelles missions.

Il est indéniable cependant qu'avec le départ de la Finlande, de l'Autriche et de la Suède, l'AELE a perdu de l'importance qu'elle revêtait autrefois. Comparée aux autres espaces économiques mis en place à l'échelle régionale, elle apparaît de taille modeste. Elle ne peut plus prétendre au rang de solution de rechange à l'Union européenne, qui a désormais la préférence des pays non encore membres ni de l'une, ni de l'autre. Il appartient à l'AELE de conclure avec ces derniers des accords de libre-échange afin de ne pas risquer d'être désavantagée sur le plan des relations commerciales par rapport aux pays membres de l'Union européenne.

Il n'en faudrait pas pour autant sous-estimer l'importance que revêt pour la Suisse l'adhésion à l'AELE: dans un contexte international où les accords commerciaux sont de moins en moins souvent signés entre Etats, et de plus en plus souvent entre organisations économiques régionales, la participation à l'AELE constitue pour la Suisse une bouffée d'oxygène. A titre d'exemple, on peut citer l'accord sur le cumul paneuropéen (cf. point 1.2). Il est vrai que l'AELE est loin d'être une véritable panacée, car elle ne dispose ni d'une taille, ni d'un poids commercial suffisants pour jouer dans la cour des grands: elle demeure ainsi à l'écart d'un dialogue Europe-Asie dont les interlocuteurs sont l'Union européenne, d'une part, l'ASEAN, la Chine, le Japon et la Corée, d'autre part.

L'AELE a élargi et approfondi récemment ses relations avec les pays tiers en développant certains accords existants et en concluant de nouveaux accords de libre-échange, ou en signant des déclarations de coopération. Ce renforcement des relations avec les pays tiers, développé au point 1.3, revêt tout particulièrement pour la Suisse un intérêt majeur.

Même si le départ de la Finlande, de l'Autriche et de la Suède s'est forcément traduit par un déplacement des priorités, rappelons que l'AELE avait initialement été créée d'abord pour promouvoir le libre-échange entre pays membres.

L'AELE joue de plus en plus aujourd'hui le rôle d'enceinte chargée d'assurer la coordination entre les pays qui ont adhéré à l'EEE. La Suisse jouit dans ce contexte d'un statut d'observateur qui lui permet au moins d'avoir accès aux informations et de suivre l'évolution de la situation. Si elle n'est pas habilitée à jouer de rôle actif dans les nombreuses rencontres qui réunissent des experts de l'Union européenne et de l'AELE, du moins peut-elle y prendre part.

1.2 L'harmonisation des règles d'origine préférentielles – le «cumul paneuropéen»

Après des négociations difficiles, l'Union européenne, l'AELE et les dix pays d'Europe centrale et orientale (PECE) ont conclu en 1996 un accord sur l'«harmonisation des règles d'origine préférentielles» qui entrera en vigueur le 1er janvier 1997. Les produits manufacturés auxquels sera accordé le statut préférentiel prévu par cet accord conserveront celui-ci, même s'ils sont transformés dans un ou plusieurs autres pays membres de l'Union européenne, de l'AELE ou dans les PECE. L'industrie textile suisse, par exemple, qui fait transformer certains de ses produits dans les pays d'Europe centrale ou orientale (opération appelée «perfectionnement passif»), profitera directement de cet accord, puisqu'elle pourra réexporter ces produits à destination des pays de l'Union européenne sans avoir à payer de droits de douane supplémentaires.

Après le rejet de l'EEE, la participation de la Suisse à cette «zone paneuropéenne de libre-échange» n'était pas acquise d'avance, et elle doit sans doute beaucoup à sa qualité de membre de l'AELE.

1.3 Les relations avec les pays tiers

En 1995, l'AELE a multiplié les accords de libre-échange avec des Etats tiers: c'est ainsi que le 13 juin, elle a signé un accord avec la Slovaquie, et en décembre, avec l'Estonie, la Lettonie et la Lituanie. Toujours en décembre, elle a signé avec l'Egypte, le Maroc et la Tunisie des déclarations de coopération: ces déclarations, qui prévoient des mesures concrètes de facilitation des échanges et d'échange d'informations, devraient permettre de renforcer progressivement les liens entre les parties, pour peut-être déboucher à terme sur un accord de libre-échange.

En mars 1996, une déclaration de coopération a été signée avec la Macédoine, et en octobre 1996, des négociations ont été engagées avec le Maroc et la Tunisie en vue de la conclusion d'un accord de libre-échange.

Les pays de l'AELE ayant décidé par ailleurs de proposer à Chypre et à Malte de négocier la conclusion d'un accord de libre-échange, différents contacts ont été pris en 1996 avec ces deux pays sans pour autant se traduire par des progrès notables, sans doute en raison de la priorité accordée par eux à leurs relations avec l'Union européenne. Celle-ci leur a en effet promis d'engager avec eux des négociations d'adhésion six mois après la fin de la Conférence intergouvernementale. La situation pourrait toutefois changer à Malte avec le changement de gouvernement intervenu en octobre 1996: si, comme ils l'ont annoncé, les nouveaux responsables décidaient de retirer leur demande d'adhésion à l'Union européenne, il est probable que la conclusion d'un accord de libre-échange avec l'AELE présentera pour eux un intérêt accru. Le renforcement des relations avec les pays tiers a franchi un nouveau pas tout récemment encore, puisque le 16 décembre 1996, l'AELE a signé à Genève une déclaration de coopération avec les autorités des territoires autonomes palestiniens.

L'AELE n'a pas seulement conclu des accords avec de nouveaux partenaires, elle a également renforcé des accords déjà existants. On peut notamment citer à ce sujet le «cumul paneuropéen», mais aussi la protection de la propriété intellectuelle ou les marchés publics.

1.4 Les comités parlementaires de l'AELE (CMP/MPS)

La Suisse ayant refusé de participer à l'EEE, il existe deux Comités parlementaires depuis que l'accord concerné est entré en vigueur, à savoir:

- le Comité parlementaire AELE qui, depuis vingt ans, réunit les pays membres de l'AELE (Committee of Members of Parliament of the EFTA countries, CMP). Chacun des pays membres y envoie cinq députés. Il s'occupe de toutes les questions qui concernent l'AELE dans son ensemble, notamment des relations avec les pays tiers.

- le Comité parlementaire des pays membres de l'AELE qui ont adhéré à l'EEE (Committee of Members of Parliament of the EFTA States, MPS). Ce comité, qui s'occupe de toutes les questions concernant l'EEE, est composé de 6 députés norvégiens, de 4 députés islandais, de 2 députés du Liechten-

stein; la Suisse n'y a qu'un statut d'observateur. Ce comité constitue également le «pilier AELE» du Comité parlementaire EEE (Joint Parliamentary Committee, JPC; cf. point 1.6), auquel la Suisse participe également au titre d'observateur.

1.5 Les activités des comités parlementaires de l'AELE en 1996

En 1996, les Comités parlementaires AELE se sont réunis formellement à cinq reprises, pour s'entretenir notamment des rapports avec l'Union européenne, du fonctionnement de l'EEE et des relations avec les pays tiers, en particulier avec les pays méditerranéens et les pays d'Europe centrale et orientale.

Par ailleurs, les Comités ont organisé en septembre 1996 un séminaire d'information de deux jours sur l'EEE, auxquels étaient conviés tous les députés des pays membres de l'AELE qui souhaitaient y participer.

Au mois d'avril, une délégation des Comités parlementaires AELE s'est rendue à Chypre et à Malte, à qui l'AELE avait proposé de négocier en vue de la conclusion d'un accord de libre-échange. Elle s'est efforcée de sortir les négociations de l'ornière où elles s'étaient enlisées, en s'entretenant avec les commissions parlementaires concernées et avec les responsables gouvernementaux compétents.

Les Comités parlementaires AELE ont rencontré à deux reprises le Conseil des ministres des pays membres de l'AELE. Les entretiens ont notamment été consacrés aux relations entre l'Union européenne et l'AELE ainsi qu'à l'évolution de l'Union européenne et à ses conséquences, et plus particulièrement à l'Union monétaire imminente, aux accords de Schengen et à l'Union de passeports. Mais ils ont concerné également la mondialisation de l'économie et le rôle qu'il appartiendra à l'AELE de jouer dans le contexte de la coopération interrégionale. S'agissant des relations avec les pays tiers, s'il n'est pas question actuellement d'ouvrir la porte à de nouveaux membres, il conviendra de rester pragmatique et de chercher à conclure des accords de coopération cas par cas, si tel est l'intérêt des deux parties. A titre d'exemple, on peut citer la Slovaquie: l'AELE a en effet conclu avec ce pays un accord de libre-échange en 1995; mais elle permet également à des fonctionnaires slovaques de participer à certains de ses groupes de travail au titre de l'assistance et de la coopération technique.

1.6 Les activités du Comité parlementaire EEE (JPC)

Le Comité parlementaire EEE, dont la Suisse fait partie au titre d'observateur, est composé, d'une part, du MPS (Comité parlementaire des pays membres de l'AELE qui ont adhéré à l'EEE, c'est-à-dire l'Islande, le Liechtenstein, la Norvège), et, d'autre part, d'une délégation du Parlement européen. Si le Comité parlementaire EEE n'est pas directement intégré dans le processus de prise de décision, les compétences des parlements des Etats membres restant préservées, il n'en a pas moins la compétence d'approuver des rapports, d'adopter des résolutions et de donner son avis sur le rapport annuel du Comité mixte de l'EEE – responsable de la bonne application et du bon fonctionnement de l'Accord EEE –, et il exerce par là un certain contrôle démocratique.

Le Comité parlementaire EEE s'est réuni deux fois en 1996. Il a adopté les résolutions suivantes:

- Résolution concernant les activités de l'EEE en 1995 (3.6.1996);
 - Résolution concernant les télécommunications (3.6.1996);
 - Résolution concernant la politique de concurrence (7 octobre 1996);
 - Résolution concernant le cumul paneuropéen (7.10.1996).
- En 1996, le Comité parlementaire EEE était présidé par le Finlandais Olli Rehn, président de la Délégation du Parlement européen. L'an prochain, la présidence sera à nouveau assumée par l'AELE, plus précisément par l'Islandais Vilhjálmur Egilsson.

2. Les relations avec le Parlement européen

2.1 La 15e rencontre interparlementaire Suisse/Parlement européen à Bruxelles

La Délégation suisse pour les relations avec le Parlement européen et la Délégation du Parlement européen pour les

relations avec la Suisse, l'Islande et la Norvège se réunissent une fois par an depuis une quinzaine d'années, alternativement en Suisse et à Bruxelles ou à Strasbourg. La Délégation du Parlement européen ayant été invitée à Neuchâtel en 1995, la Délégation suisse s'est, cette année, rendue à Bruxelles, les 23/24 avril 1996.

Les hôtes européens ont commencé par procéder, à l'intention de la Délégation suisse, à un tour d'horizon de la situation politique et économique et des derniers développements intervenus dans l'Union européenne, avec un accent particulier mis sur les objectifs de la Conférence intergouvernementale et sur les espoirs que celle-ci suscite. Plusieurs intervenants suisses ont ensuite exposé la situation politique et économique telle qu'elle se présente en Suisse. Parmi les points qui ont le plus retenu l'attention des eurodéputés, on peut citer la monnaie (franc fort, jugement porté par la Suisse sur l'Union monétaire), les transports (NLFA) et l'évolution du marché de l'emploi.

Les entretiens ont cependant porté avant tout sur les négociations sectorielles menées bilatéralement entre la Suisse et l'Union européenne, avec un intérêt marqué pour les dossiers «libre circulation des personnes» et «transports terrestres». Plusieurs eurodéputés ont rappelé que l'Union européenne ne serait prête à faire des concessions à la Suisse qu'à la condition que celle-ci accepte d'en faire autant; ils ont indiqué par ailleurs que la Suisse ne pouvait espérer obtenir par le biais des négociations bilatérales de meilleurs résultats que les nouveaux membres de l'Union européenne. Par ailleurs, compte tenu des observations déjà faites, ils ont estimé infondée la crainte de la Suisse de se voir submergée par une vague d'immigration massive au cas où elle appliquerait le principe de la libre-circulation des personnes, ajoutant que la solution du contingentement faisait désormais définitivement partie des outils du passé. Indiquant qu'une proportion importante d'étrangers vit en Suisse et que les craintes qui ont conduit au rejet de l'EEE sont toujours vivaces au sein de la population, les membres de la Délégation suisse ont également rappelé que la Suisse n'en était pas moins disposée à proposer à l'Union européenne un accord équivalent de facto à un accord de libre-circulation des personnes. Ils ont fait valoir dans ce contexte que, pour garantir l'assise populaire des résultats des négociations, il était indispensable que la Suisse puisse, au terme d'une période d'essai, soumettre à l'approbation du peuple la décision d'appliquer ou non le principe de la libre-circulation des personnes.

Même si les échanges de vues ont parfois été vifs, la rencontre s'est déroulée dans une ambiance cordiale, et il ne fait pas de doute qu'elle a contribué à une meilleure compréhension des préoccupations des uns et des autres.

3. Liste des activités parlementaires menées en 1996

30 janvier 1996:

Réunion du Comité parlementaire de l'AELE (CMP/MPS) à Bruxelles

20 février 1996:

Réunion du Comité parlementaire de l'AELE (CMP/MPS) à Bruxelles; Audition par le Comité institutionnel du Parlement européen relativement à la Conférence intergouvernementale des pays membres de l'Union européenne

28 mars–2 avril 1996:

Visite d'une délégation du Comité parlementaire de l'AELE à Chypre et à Malte

17 avril 1996:

Réunion préparatoire à la 15e rencontre interparlementaire Suisse – Parlement européen

23/24 avril 1996:

15e rencontre interparlementaire Suisse – Parlement européen à Bruxelles

3/4 juin 1996:

Réunion du Comité parlementaire de l'AELE (CMP/MPS) à Akureyri (Islande); Réunion du Comité parlementaire EEE (JPC); Réunion du Comité parlementaire de l'AELE avec les ministres des pays membres de l'AELE

3/4 septembre 1996:

Séminaire du Comité parlementaire de l'AELE à Bruxelles, consacré à l'EEE et à l'UE

7/8 octobre 1996:

Réunion du Comité parlementaire de l'AELE (CMP/MPS) à Bruxelles; Réunion du Comité parlementaire EEE (JPC)

16 décembre 1996:

Réunion du Comité parlementaire de l'AELE (CMP/MPS) à Bruxelles; Réunion du Comité parlementaire de l'AELE avec les ministres des pays membres de l'AELE

4. La Délégation suisse AELE/Parlement européen

4.1 Composition de la Délégation AELE/Parlement européen

La composition de la Délégation suisse était en 1996 la suivante (en italiques: membres du Conseil des Etats):

Délégation AELE:

Peter Vollmer (Président), *Christoffel Brändli* (vice-président), *Peter Bieri*, Jacques-Simon Eggly, Lili Nabholz

Suppléants: Michel Béguelin, *Christiane Brunner*, Fulvio Pelli, Remigio Ratti, *Kurt Schüle*

Délégation Parlement européen:

Peter Vollmer (Président), *Christoffel Brändli* (vice-président), Michel Béguelin, *Peter Bieri*, *Christiane Brunner*, Jacques-Simon Eggly, Lili Nabholz, Fulvio Pelli, Remigio Ratti, *Kurt Schüle*

4.2 La restructuration de la Délégation: un premier bilan

Il y a un an, et sur demande de la Délégation elle-même, le Bureau avait approuvé une restructuration de la Délégation consistant à ramener celle-ci de 15 membres à 10, dont cinq constituant aujourd'hui la Délégation AELE proprement dite, les cinq autres assurant la suppléance. Membres et suppléants réunis constituent d'autre part la Délégation auprès du Parlement européen. D'une taille appropriée, cette structure nouvelle a fait la preuve de son efficacité, d'autant que les suppléants ont régulièrement l'occasion d'assister aux réunions de la Délégation AELE et de se tenir ainsi au courant de l'évolution des dossiers.

Seuls les petits partis, qui ne sont représentés que par un seul député, regrettent de ne pas disposer aussi d'un suppléant. Même si l'appartenance politique ne joue pas au sein de la Délégation le rôle qu'elle joue dans les commissions permanentes, le Bureau n'en a pas moins décidé par conséquent d'autoriser les membres de la Délégation à se faire représenter exceptionnellement par un membre du même groupe, même s'il ne fait pas partie de la Délégation.

Nous vous soumettons le présent rapport en vous demandant de bien vouloir en prendre acte.

Antrag der Delegation

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la délégation

Prendre acte du rapport

Tschopp Peter (R, GE), rapporteur: Je vais essayer de faire diligence. L'objet que nous traitons concerne le rapport sur la politique économique extérieure 1996/I, II et le message concernant un certain nombre d'accords économiques, ainsi que la notification et la modification de listes dans l'Organisation mondiale du commerce.

Comme c'était le cas durant ces dernières années, le rapport commence sur un point fort d'actualité: cette année, les formes actuelles de la coopération économique en Europe. Vient ensuite un résumé de la situation économique qui est morose; je n'ai pas besoin d'insister. L'actualité internationale est également traitée avec, en particulier, la Conférence ministérielle de l'OMC à Singapour et la 9e Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement. Le rapport fait aussi état des négociations en cours à l'OCDE en vue de la conclusion d'un accord multilatéral sur les investissements; un objet qui intéresse tout particulièrement la Suisse, car – nous le savons – elle est un des plus grands investisseurs au monde par tête d'habitant.

Un certain nombre d'ajustements viennent du fait que nous ne participons pas – comme nous le savons – à l'Espace économique européen. Le Liechtenstein, lui, y participe. Cela nous porte préjudice et entraîne des discriminations, en particulier dans le secteur de l'assurance.

Il faut donc courir là aussi derrière l'événement.

Il me paraît important de souligner deux choses:

1. Ce rapport est comme d'habitude de bonne qualité. Je répète, bien que vous ne vous intéressiez guère à mon propos, que le rapport comporte également une appréciation de notre situation d'isolement sur le front européen. Le Conseil fédéral en particulier nous dit que l'on commence maintenant à sentir très nettement les retombées négatives de notre non à l'Espace économique européen. Nous enregistrons aussi sur le front extérieur – ça n'a rien à voir directement avec notre isolement – une détérioration de la performance de nos exportations. Très curieusement, durant toute la période où le franc suisse grimpeait d'une cime à l'autre, nos exportations se sont bien tenues. Maintenant, alors que l'année dernière les premiers signes de détente sur le marché des changes en raison de la nouvelle politique de la Banque nationale suisse se sont fait jour, les exportations ont diminué d'une façon importante. Votre commission a longuement – et avec sérieux – débattu de ce rapport. Elle a en particulier aussi soulevé le problème des premières expériences avec l'Organisation mondiale du commerce.

2. Votre commission s'est faite l'avocat des petites et moyennes entreprises. La commission, Monsieur Delamuraz, aimerait les voir associées à vos tournées dans le vaste monde, en particulier en Extrême-Orient. Vous vous entourez très judicieusement des grandes entreprises. Nous pensons que des délégations de petites et moyennes entreprises devraient aussi être de la partie. Nous avons aussi parlé comme l'année dernière, dans la perspective des difficultés que nous rencontrons pour trouver un accord avec l'Union européenne, d'une prénégociation avec les Etats-Unis pour voir si on ne pourrait pas envisager des relations privilégiées d'échanges avec l'ALENA.

Les questions de la difficile conciliation entre les impératifs de la politique économique extérieure et la délicate question des droits de l'homme ont également fait l'objet de certaines considérations.

Je voudrais ici encore toucher un mot de la structure même du rapport. Ce rapport est délivré année après année, et discuté ici dans le Parlement sur la base de la loi fédérale sur les mesures économiques extérieures du 25 juin 1982 qui, à son article 10, prévoit que les questions économiques extérieures importantes soient traitées dans le rapport et discutées par nous.

Depuis 1982, le monde a changé, et votre commission a le sentiment que l'on doit aujourd'hui ajouter certaines dimensions. Ainsi, les relations monétaires et financières ont maintenant une importance telle qu'il nous paraît qu'un chapitre doit être consacré à cette question. Il est vrai que, de son côté, la Banque nationale suisse publie bien sûr chaque année un rapport d'activité, mais celui-ci ne fait pas l'objet d'une délibération parlementaire.

En outre, il nous semble extrêmement important que le rapport élargisse un peu l'approche au sens d'une globalisation de la présentation des phénomènes. Il est nécessaire que la dimension aide au développement soit également intégrée de façon appropriée.

Enfin, la commission pense que le rapport devrait aussi nous aider à suivre l'évolution de la compétitivité de l'économie suisse, un peu à l'image des rapports que nous préparent les grandes banques, ou encore l'institut du management (MIM) de l'Ecole des hautes études commerciales de Lausanne, sous la responsabilité du professeur Garelli. Ces rapports sur la compétitivité, qui nous permettent de situer le pays, de savoir où nous gagnons mais aussi où nous perdons, c'est un volet qu'il faudrait intégrer.

Nous avons eu une longue discussion avec le chef du département et M. Blankart, secrétaire d'Etat, et nous étions vraiment contents en commission de voir que désormais l'affaire semble mûre. Nous nous réjouissons d'ores et déjà de voir ce rapport excellent devenir encore meilleur avec l'adjonction des éléments que je viens d'évoquer brièvement.

J'en arrive à la fin de mon intervention. Je dois encore vous parler d'un deuxième volet qui accompagne traditionnellement ce rapport: la ratification par nous d'un certain nombre d'accords internationaux:

Il s'agit notamment d'approuver un arrêté fédéral portant sur le libre-échange entre les Etats de l'AELE et les pays baltes.

Cet ensemble de règles de libre-échange est déjà appliqué à titre provisoire depuis le 1er janvier 1997. Il convient bien sûr de ratifier cet accord. Votre commission vous recommande à l'unanimité d'y procéder.

Il y a aussi un arrêté fédéral qui étend le champ du libre accès des marchés publics entre 37 Etats américains et la Suisse et ses cantons. Cette convention s'inscrit dans le contexte de l'OMC. Nous vous recommandons à l'unanimité de la ratifier. Concernant ce type d'accord, nous notons d'ailleurs qu'une tendance se généralise, à savoir que le Conseil fédéral met en vigueur ces accords avant que nous les ratifions, je serais heureux que M. Delamuraz, conseiller fédéral, nous dise ce qu'il en est.

Il y a, j'y ai fait brièvement allusion, un accord avec le Liechtenstein, que la commission vous recommande à l'unanimité de ratifier. Le Liechtenstein, contrairement à nous, appartient à l'EEE.

Enfin, dans les segments des produits pharmaceutiques et du vin, il y a des notifications à faire auprès de l'OMC. Là aussi, aucun problème aux yeux de la commission.

Je vous remercie de m'avoir si sagement écouté dans l'indifférence générale.

Vollmer Peter (S, BE), Berichterstatter: Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik ist ein dickes Buch. Er ist für viele Politiker und für viele Räte – wir haben das in der Kommission gesehen – eine Fundgrube, ein Steinbruch: Jeder kann sich seine Zahlen herauslesen. Er enthält sehr viele Angaben über unsere Aussen-, aber auch über unsere Binnenwirtschaft. Wir sind froh, dass sich der Bundesrat und die Verwaltung bereit erklärt haben, dieses Buch in Zukunft vielleicht ein bisschen anders zu gestalten, so dass es auch für weitere Ratsmitglieder attraktiver wird.

Ich möchte damit nicht die Leistung, die hinter diesem Bericht steckt, schmälern. Er – ich möchte mit diesem Lob beginnen – ist eine ausgezeichnete Übersicht über das, was in unserem Land geschehen ist.

Ich möchte als Berichterstatter angesichts der späten Stunde auch nur auf einige Facetten hinweisen. Ich möchte aber vor allem dem Bundesrat danken, dem Herrn Staatssekretär, aber auch der Verwaltung, insbesondere auch dem Baw, das für diesen ausgezeichneten Bericht federführend ist. Aber, und das scheint mir die Substanz zu sein, hinter diesem Bericht steckt die Aussenwirtschaftspolitik, und um die geht es ja eigentlich, nicht einfach nur um die Daten, die in diesem Bericht aufgelistet sind.

Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung zur Aussenwirtschaftspolitik ganz generell: Wir wissen es, und es wird in diesem Rat immer wieder zelebriert: Wir haben eine starke Aussenwirtschaft, und wir hatten in den letzten Jahren eine starke Aussenwirtschaft, gerade auch im Verhältnis zur Binnenwirtschaft. Trotzdem müssen wir feststellen, und das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, dass sich die Grenzen zwischen Aussenwirtschafts- und Binnenwirtschaftspolitik mehr und mehr verwischen und der Einfluss der nationalen Politik, die einfach auf den Wirtschaftsraum Schweiz ausgerichtet ist und so unsere Aussenwirtschaft stärken möchte, schwindet. Wir sind heute von einem multilateralen Wirtschaftssystem abhängig. Das ist eine Folge des weltweiten Wettbewerbes. Das zwingt uns zu einer neuen Aussenwirtschaftspolitik. Ich möchte nicht gerade so weit gehen wie ein Chefbeamter des Bundesamtes für Aussenwirtschaft. Er hat in einer Publikation kürzlich geschrieben: «Was für das multilaterale Handelssystem gut ist, ist auch gut für die Schweiz.»

Diesen an sich überzeugenden Satz müsste man natürlich zweifellos noch spiegeln an dem, wie wir unsere Aussenwirtschaftspolitik in die Aussenpolitik einbetten. Wir wissen ja, dass wir uns eigentlich vorgenommen haben, gerade auch die Aussenpolitik heute in einer kohärenten Betrachtungsweise zu sehen. Das heisst, dass wir nicht einfach nur ausenwirtschaftliche Daten als Kennzeichen unseres Erfolges heranziehen, sondern auch Fragen der Menschenrechtspolitik, der Umweltpolitik, der Sozialverträglichkeit in anderen Kontinenten dieses multilateralen Handelssystems in Betracht ziehen.

Immerhin – darauf möchte ich hinweisen – kann man feststellen, dass wir in unserem Land die Rahmenbedingungen gerade auch für die Aussenwirtschaft und für die Aussenwirtschaftspolitik entscheidend verändert und verbessert haben. In den letzten zwei Jahren haben wir mit der Einführung der Mehrwertsteuer eine ganz entscheidende Entlastung für die Exportindustrie zustande gebracht. Wir haben seit gut einem halben Jahr das neue Wettbewerbsrecht, indem wir ein Binnenmarktgesetz geschaffen haben, das auch unsere Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf die Exportwirtschaft stärken soll. Seit jüngster Zeit – wir wissen es, es wurde bereits angeführt – haben wir auch eine teilweise veränderte Geldpolitik der Nationalbank, die auch ihren Teil dazu beiträgt, unsere Aussenwirtschaft zu stärken.

Aber – das ist ganz entscheidend in jeder Beurteilung – wir wissen es: Ein ganz entscheidender Mangel, eine ganz entscheidende Schwäche, unserer Aussenwirtschaftspolitik bleibt, dass wir vom europäischen Binnenmarkt ausgeschlossen sind, auch wenn wir das jetzt durch die bilateralen sektoriellen Verhandlungen teilweise zu reduzieren versuchen.

Um so bedeutender ist jedenfalls deshalb die WTO. Die Konferenz in Singapur hat uns aber auch gezeigt, dass noch eine grosse Kluft zwischen den Ansprüchen besteht, die die WTO seinerzeit bei ihrer Gründung formuliert hat, und ihrer heutigen praktischen Politik. Ziel der WTO ist die Förderung des Wohlstandes, aber auch dass man die Ressourcen durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen optimal nutzt und den Welthandel damit verbessert. Negative Folgen dieses verstärkten Welthandels sind aber auch ökologische Belastungen: Der Verkehr nimmt zu, und diese Kosten erscheinen dann nicht in diesen Wohlstandsgewinnen, wie wir sie in der WTO-Statistik ausweisen.

Ich möchte Sie im Namen der APK bitten, von diesem Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 96/I, II in positivem Sinne Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig auch die Freihandelsabkommen der Efta-Staaten mit den Republiken Estland, Lettland und Litauen zu genehmigen, ebenfalls das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Direktversicherung und die Vereinbarung mit den USA betreffend das WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum gleichzeitig hier zu behandelnden Bericht über die Efta-Delegation und über unsere Politik in der Efta machen: Ich weiss, in diesem Rat herrscht oft die Meinung vor, die Efta hätte eigentlich für uns keine Bedeutung mehr, weil unser Aussenhandel mit Island, mit Norwegen und mit Liechtenstein heute tatsächlich unter 1 Prozent des Aussenhandelsvolumens gesunken ist. Es wäre aber fatal, die Efta nur an diesem Aussenhandelspotential mit den übrigen Efta-Ländern zu messen.

Die Efta erfüllt für uns gegenwärtig noch zwei andere ganz wichtige Funktionen: Sie ermöglicht uns den Zugang zu den Institutionen des EWR, auch wenn wir dort nicht stimmberechtigt sind, und zwar sowohl auf der Ebene der Minister und der Verwaltung als auch auf der ParlamentarierEbene. Ich habe gegenwärtig das Efta-Parlamentarierkomitee zu präsidieren. Es ermöglicht uns den Zugang zum *Acquis communautaire* und damit auch die Information über dessen Entwicklung innerhalb des EWR.

Zudem – das ist eine ganz wichtige Bemerkung – liegen der entscheidende Faktor und der entscheidende Vorteil unserer heutigen Efta-Mitgliedschaft vor allem in der Möglichkeit, dass wir multilateral Freihandelsabkommen mit Drittländern abschliessen können. Diese Drittlandabkommen sind von hoher Bedeutung, weil die Europäische Union mit sehr vielen mittel- und osteuropäischen Staaten, neuerdings aber auch mit Staaten im Mittelmeerraum Freihandelsabkommen und Assoziierungsverträge abgeschlossen hat. Das bringt uns an sich in eine diskriminierte Position. Mit den eigenen Freihandelsabkommen mit der Efta wird es hier wieder möglich, ein Stück weit gleichzuziehen.

Was aber in diesem Drittlandabkommen von entscheidender Bedeutung ist – da möchte ich unseren Aussenhandelspolitikern für ihr diplomatisches Geschick sehr danken –: dass es

im letzten Jahr gelungen ist, die verschiedenen Freihandelszonen, wie sie bestehen – einerseits mit der EU andererseits mit der Efta, dann auch mit der Cefta, mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa –, mittels einer paneuropäischen Kumulation miteinander zu verbinden. Damit werden Güter, die heute über verschiedene Wirtschaftsräume zirkulieren, nicht durch die verschiedenen Ursprünge diskriminiert. Erst diese paneuropäische Kumulation ermöglicht es uns, einen vollen Nutzen aus diesen drei Freihandelsräumen zu ziehen.

Es ist sehr lobenswert und verdankenswert, dass es unserer Diplomatie gelungen ist, über die Efta multilateral diese paneuropäische Kumulation endlich unter Dach zu bringen. Ich glaube, diese Möglichkeit hätten wir ohne die Efta nicht. Insofern spielt auch unsere Mitgliedschaft in der Efta eine viel entscheidendere Rolle und hat eine viel entscheidendere Bedeutung, als dieses halbe Prozent, das wir in der Aussenhandelsstatistik mit den übrigen Efta-Ländern ausweisen.

Ich möchte Sie nochmals bitten, vom Kommissionsbericht Kenntnis zu nehmen, den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik und die entsprechenden Abkommen zu genehmigen, und gleichzeitig noch einmal unserer Handelsdiplomatie für ihre erfolgreichen Bemühungen im Interesse unserer Aussenwirtschaftspolitik danken.

Mühlemann Ernst (R, TG): Ich erlaube mir zuerst eine persönliche Bemerkung zuhänden unseres Büros. Wir haben jetzt vier Stunden in einer Art Kommissionssitzung über ein Gesetz gesprochen, das meiner Meinung nach gar nicht nötig war. Wir werden jetzt am Schluss des Abends eine ganz wichtige Wirtschaftsdebatte führen müssen; bei einer Präsenz von rund einem Viertel aller Ratsmitglieder! Es geht um eines der zentralsten Themen. Diese Prioritätsordnung in der Tagesordnung muss sich das Büro vielleicht doch einmal überlegen: Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik ist ein hervorragendes Dokument, das die Wirtschaftslage klar und eindeutig darstellt, so, wie sie sich heute in unserem Lande präsentiert. Ich glaube, dass dieser Bericht ausführlich, gründlich und durchdacht ist und damit eine ausgezeichnete Basis auch für die Sondersession darstellt, wo wir uns mit einem Investitionsprogramm beschäftigen wollen.

Es stimmt nicht, Herr Vollmer, dass man diesen Bericht nicht lesen kann; man muss nur etwas fleissig sein, dann kommt man schon auf die wichtigen Spuren!

Wenn ich den Bericht anschau, den ich dem Volkswirtschaftsminister und seinen Mitarbeitern herzlich verdanken möchte, dann wird deutlich, dass er eine klare und eindeutige Lagebeurteilung gibt: Wir haben mit dem Jahr 1997 sieben magere Wirtschaftsjahre hinter uns; sieben magere Wirtschaftsjahre, die ein Nullwachstum gebracht haben, das vom linken Lager in diesem Saal in den achtziger Jahren so oft herbeigewünscht worden ist und das folgende Konsequenzen hat: Unser Staatshaushalt ist nicht mehr unbedingt in der Lage, soziale, ökologische, kulturelle Nebenaufgaben zu erfüllen, weil die Steuereingänge aus einer Wirtschaft, die nicht floriert, ungenügend sind!

Wir sind bei einer Wettbewerbsfähigkeit angelangt, die uns nicht mehr mit Stolz erfüllen kann. Wir lagen noch vor drei, vier Jahren an zweiter Stelle. Jetzt sind wir ungefähr auf den zehnten Rang abgerutscht. Das ist eine Entwicklung, die uns nachdenklich stimmen muss.

Wir haben auch im Bereich der Arbeitslosigkeit einen Stand erreicht, der uns – im Vergleich mit unseren Nachbarländern – nicht mehr mit Stolz erfüllen kann. Verschiedene Länder in Europa haben nicht eine dermassen grosse Anzahl Arbeitsloser wie wir. Andere Länder stehen jedoch beträchtlich schlechter da, das müssen wir auch zugeben.

Das Ganze ist auf eine weltweite Rezession zurückzuführen, die allerdings – das ist erfreulich – vor allem in Amerika, aber auch in Fernostasien positivere Anzeichen zeigt. In unserem Land hingegen ist es schwierig, von vornherein von einer Wende zu sprechen.

Wir können auch feststellen, dass der hohe Frankenkurs einiges dazu beigetragen hat, dass es für unsere Exportwirtschaft nicht so leicht war, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Ich glaube, dass wir der neuen Nationalbankdirek-

tion das Zeugnis ausstellen dürfen, dass sie hier rechtzeitig einen gewissen Kurswechsel vorgenommen hat.

Wir müssen im übrigen feststellen, dass Marktanteile verloren gegangen sind und dass wir es nicht mehr so leicht haben, in gewisse Märkte, speziell in Europa, einzutreten und im Wettbewerb zu bestehen.

Das erfreulichste Kapitel in diesem Bericht ist das über die globale Wirtschaftsebene. Was wir im Bereich des WTO-Vertrages erreicht haben, ist erfreulich, vor allem politisch erfreulich. Warum gelingt es uns, einen so komplizierten Vertrag, der auch unsere Innenpolitik berührt, z. B. die Landwirtschaft benachteiligt, so ohne weiteres über die politische Bühne zu bringen? Wahrscheinlich geschah das deshalb, weil der Bundesrat völlig geschlossen auftrat und weil die wichtigsten Parlamentarier, inklusive diejenigen, die von mir aus gesehen auf der rechten Seite sitzen, hinter diesem Vertrag standen.

Nun gehen wir daran, diesen Vertrag umzusetzen. Es scheint, dass das relativ zielstrebig erfolgt. Es ist auch höchst erfreulich, dass unser Wirtschaftsminister für die Jahre 1997 und 1998 Präsident der WTO-Ministerkonferenz geworden ist. Das scheint in unserem Land gar nicht beachtet zu werden. Es ist aber eine relativ wichtige Position. Hier gibt es tatsächlich erfreuliche Fortschritte: So hat unser Denkplatz im Bereich des geistigen Eigentums Zutritte, die er vorher nicht hatte. Unser Werkplatz kann mit gleich langen Spiessen im harten ökonomischen Wettbewerb antreten. Unser Dienstleistungsplatz, besonders der Finanzplatz, kann sich jetzt in einer Form entwickeln, wie das vorher nicht möglich war.

Viel schlechter sieht natürlich die Situation im Bereich der westeuropäischen Wirtschaftspolitik oder der Beziehung zur EU aus. Hier ist es ganz eindeutig, dass die bescheidenen Brücken, die wir zum Binnenmarkt bauen, diese bilateralen Brücken der ersten Phase, dringend notwendig sind und die Verhandlungen endlich einmal zu einem Abschluss geführt werden müssten. Unser Denkplatz braucht die Forschungsverträge. Unser Werkplatz braucht gleich lange Spiesse wie die Konkurrenten, wie sie etwa beim öffentlichen Beschaffungswesen oder beim Abbau der technischen Handelshemmnisse geschaffen werden. Es ist auch ganz klar, dass unser Dienstleistungsplatz im Bereich der Luftfahrt, um nur ein Beispiel zu nennen, dringend des Zuganges zum europäischen Verkehr bedarf.

Schon die jüngsten Personalveränderungen bei der Swissair zeigen, dass man damit rechnet, dass das «Kap der guten Hoffnung» Mitte dieses Jahres erreicht wird. Ich glaube, dass das möglich ist, aber ich glaube auch, dass der Bundesrat bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich etwas selbstbewusster und etwas energischer auftreten muss. Wenn Bundesräte sagen, sie befänden sich in Sondierungsgesprächen und dabei zuschauen, wie vielleicht einzelne Verhandler sondieren, dann genügt das nicht.

Wahrscheinlich muss man beim Landverkehr das Mandat anpassen, vielleicht mit Belastungen für uns; aber es ist notwendig, dass wir hier einen Erfolg aufweisen können und unserer Wirtschaft damit einen Motivationsschub geben. Es kommt noch dazu, dass nachher eine Reihe weiterer Dossiers vorhanden sind, die wir rasch erledigen müssen.

Schliesslich können wir in diesem Bereich nicht dauernd über alle möglichen Zukunftspläne in Europa reden. Ich würde meinen, es wäre jetzt einmal an der Zeit, die wirtschaftliche Öffnung zu wagen, und dann schauen wir wieder, wie es weitergeht.

Interessant sind die Ausführungen über unsere Arbeit auf den «kommunistischen Trümmerfeldern». Es ist erfreulich, wie stark sich die Schweiz engagiert hat. Es ist offensichtlich so, dass in diesen Ländern eine politische Stabilisierung eintritt, wenn auch ein bescheidener wirtschaftlicher Aufschwung vorhanden ist. Sie sehen gerade jetzt in Albanien, dass alle unsere Investitionen, alle unsere Unterstützungen in dem Augenblick gefährdet sind, in dem ein Teil des Landes banktechnisch zusammenbricht. Es entsteht dadurch eine politische Destabilisierung, die uns dann wieder sehr viel Geld kostet.

Es lohnt sich, hier sehr geschickt vorzugehen. Heute morgen sass auf der Tribüne der Gouverneur der reichsten russi-

schen Provinz, ein Mann, der alle denkbaren Rohstoffe der Welt besitzt, aber verzweifelt nach einem Investor sucht. Es genügt nicht, dass wir mit diesen Leuten einfach Tauschhandel betreiben, Gold und Silber holen und dafür harte Schweizerfranken geben. Es muss auch hie und da einem schweizerischen Investor eine Finanzspritze gegeben werden, und da sind unsere Banken leider immer zurückhaltender geworden. Es ist erfreulich, dass hier der Staat, vielfach mit geschickten Projekten, dazu beigetragen hat, dass wir weiterkommen.

Gesamthaft gesehen darf man sagen, dass der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik Licht und Schatten zeigt. Wir sind nicht in einer hoffnungslosen Situation, aber in einer ernsten Lage, in der wir unsere Kräfte bündeln müssen. Wir müssen tatsächlich den wirtschaftlichen Aufschwung suchen. Der wirtschaftliche Aufschwung bringt uns in vielen schwierigen politischen Geschäften eine gewisse Entlastung. Wenn Sie soziale Stabilisierung wollen, wenn Sie bescheidene ökologische Projekte verwirklichen wollen, wenn Sie andere Sekundäraufgaben des Staates erfüllen wollen, dann müssen Sie diesen ersten Schritt tun, und dazu haben Sie diesen Aussenwirtschaftsbericht ernst zu nehmen und im April das Investitionsprogramm und das Fiskalprogramm ebenfalls zu unterstützen, um weiterzukommen.

Ich bitte Sie, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, und gebe den Dank an die entscheidenden Stellen weiter, an Bundesrat Delamuraz, an Staatssekretär Blankart und an alle Mitarbeiter.

Bäumlin Ursula (S, BE): Ich habe in der Kommission gesagt, dass ich den Bericht fleissig und eingehend gelesen habe, Herr Mühlemann. Ich weise deswegen Ihre Anschuldigungen an die SP-Fraktion zurück.

Die SP-Fraktion findet es übrigens auch wichtig, dass am Tag nach der Debatte um die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik von vor sechzig Jahren und mehr bei der Behandlung des Berichtes zur Aussenwirtschaftspolitik 1996 Themen und Aspekte wie Menschenrechte und Friedenspolitik nicht unter den ökonomischen Sachzwängen einfach wieder untergehen. In der Ära der Globalisierung besteht diese Gefahr noch viel mehr als bisher. Jedes Land muss mit seiner Aussenwirtschaftspolitik im generellen Konkurrenzkampf dermassen strampeln, dass Anliegen wie Menschenrechte und Friedenspolitik verlorengehen. Der Bericht, der vor uns liegt, bezeugt das auf seinen vielen Seiten. In der Diskussion in der Aussenpolitischen Kommission hat mir ein Ratskollege – er ist jetzt nicht da – ärgerlich an den Kopf geworfen, man sollte nicht versuchen, alles und jedes mit der Frage der Menschenrechte in Verbindung zu bringen.

Herr Bundesrat Delamuraz betrachtete in seiner Stellungnahme dazu Menschenrechte, Sozialrechte und Umweltschutz als ein und dasselbe, was so nicht stimmt und von mir auch nicht so angesprochen worden war. Der Staatssekretär für Aussenwirtschaft fasste sein Credo zu Handel und Menschenrechten folgendermassen zusammen: «Man muss den Handelspartnern die Gelegenheit geben, die Menschenrechte wahrzunehmen, ohne das Gesicht zu verlieren.»

Wenn diese Handelspartner Peking, Indonesien oder Burma heissen, habe ich schon öfter die Geduld verloren. Wenn der Vertragspartner gar Milosevic heisst, verliere ich den Glauben an die Wirksamkeit des Menschenrechtsprogramms des Bawi. Gewisse Handels- und Vertragspartner und Potentaten müssen zur Respektierung der Menschenrechte gezwungen werden, weil sie ihr Gesicht längst verloren haben und sie durch Wirtschaftsabkommen wieder aufgewertet und in ihrem schändlichen Tun noch bestärkt werden. Dagegen braucht es unter Umständen eine ganze Palette wirtschaftlicher Massnahmen, von der Konditionalisierung bei Verträgen bis zu Sanktionen und Embargos, bilateral und multilateral, und zwar in profunder Zusammenarbeit mit anderen Departementen.

Herr Bundesrat Delamuraz kann eine wirksame Menschenrechtspolitik innerhalb seiner aussenwirtschaftspolitischen Unternehmungen, wie z. B. Handelspromotionsreisen in den Fernen Osten oder überallhin in die Welt, sicher nicht alleine

umsetzen und vollbringen. Er müsste weitere Verbündete suchen, z. B. beim Vorort. Er könnte bei den Unternehmern darauf verweisen, dass sich Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Menschenrechtsverletzern «à la longue» nicht auszahlen, wie sich das gegenwärtig bestätigt.

In diesem Sinne habe ich im jährlichen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik neue Konturen vorgeschlagen und angeregt. Ich werde den nächsten Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik sorgfältig daraufhin abklopfen.

Eggly Jacques-Simon (L, GE): J'ai appris que la suite du débat aurait lieu vendredi, or je ne serai pas là vendredi. Je vous remercie par conséquent de me donner la parole, et je serai extrêmement bref.

Monsieur le Conseiller fédéral, je crois que c'est un euphémisme et une lapalissade de dire que, depuis des années, nous vivons dans une morosité économique. Mais j'ai beaucoup apprécié, en relisant le texte de votre intervention en commission, le fait que vous insistiez sur un point: ce n'est pas à cause de notre monnaie et de la hausse du franc que nous avons ces problèmes conjoncturels et structurels, ce n'est pas pour cette raison. Je crois qu'il est bon et qu'il serait bon que nous autres politiciens, qui avons parfois de la peine à comprendre la politique de la Banque nationale, ayons des contacts fréquents, dans le cadre de notre discussion sur la politique économique, avec les directeurs de la Banque nationale et que cela soit inclus dans ce rapport – je rejoins ici ce qu'a dit tout à l'heure M. Tschoopp, rapporteur.

Par ailleurs, Monsieur le Conseiller fédéral, nous avons noté en effet que nos échanges avec l'Asie stagnent, mais surtout qu'au fond nous sommes complètement dépendants de la situation économique européenne. Décidément, il est bien dommage – et M. Blocher est justement là dans cette salle – que nous ne soyons pas davantage conscients que, si l'Europe va mal, la Suisse va mal, et que si l'Europe va bien, la Suisse va bien. Il faut absolument que nous participions à tous les efforts pour assainir l'économie européenne, une économie intégrée et un marché européen homogène. C'est la raison pour laquelle je crois que le résultat de nos négociations bilatérales a une importance absolument capitale pour la suite de notre compétitivité.

Enfin, un dernier point: plus que des programmes de relance un peu artificiels, comme ceux dont nous allons discuter je crois en avril, il serait surtout important que nous continuions à améliorer notre compétitivité, à supprimer les prix administrés et, au fond, à être dans la continuité de ce que vous avez dit, Monsieur le Conseiller fédéral, depuis plusieurs années: rendons notre économie la plus libérale possible, même si ça fait souffrir, afin que demain nous soyons les plus prospères possible.

Blocher Christoph (V, ZH): Herr Eggly, ich bin Exportunternehmer. Ich exportiere 60 Prozent in die EU – ein völlig offener Markt. Woher haben Sie Ihre Erfahrungen, dass Sie sagen, er sei geschlossen?

Eggly Jacques-Simon (L, GE): Ce n'est pas parce que quelques entreprises peuvent en effet passer par-dessus les limitations dues à notre isolement que vous pouvez dire que personne, dans notre économie et notre industrie, ne souffre du fait que nous sommes isolés. Si vous lisez les rapports et si vous écoutez des chefs d'entreprise ou des sous-traitants, tous vous diront que notre situation d'isolement les empêche d'être compétitifs sur le marché européen. Vous avez peut-être de la chance et votre chance vous rend un peu aveugle quant à la situation générale de notre économie.

Gross Andreas (S, ZH): Wir haben den Bericht – Herr Mühlemann ist leider nicht hier, aber ich sage es trotzdem – so genau gelesen, dass wir sogar gemerkt haben, was darin fehlt. Wir haben dann mit den Autorinnen und Autoren darüber diskutiert, und man hat uns gesagt, das, was uns fehle, komme das nächste Jahr in den Bericht. Es fehlen vor allem zwei Dinge: Schon immer hat der Bericht

zur Aussenwirtschaftspolitik die Realwirtschaft dargestellt, hingegen die Finanzwirtschaft nicht. Heute ist es aber so, dass das Handelsvolumen im Finanzbereich jenes im Realbereich massiv übersteigt; die beiden Entwicklungen sind eigentlich je länger, je mehr nicht die gleichen, und diese Kluft stellt die Grundlage der Realwirtschaft in Frage. Aus vielen Ländern kennen wir Berichte, in denen beide Seiten enthalten sind. Wir sind deshalb dankbar dafür, dass man uns zugesagt hat, dass im nächsten Bericht beide Seiten der Wirtschaft, die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft, gemeinsam dargestellt werden.

Wir werden also nicht mehr die eine Seite im Bericht der Nationalbank nachlesen müssen, der hier nicht diskutiert werden kann, und die andere im vorliegenden Bericht, der sich nur auf die Realwirtschaft konzentriert.

Zweitens reicht es zur Feststellung von Tendenzen und Entwicklungen nicht aus, dass Sie jeweils in Statistiken nur das Vorjahr «mitnehmen». Es wäre wichtig, Phasen von fünf oder zehn Jahren darzustellen, damit wir die Tendenzen diskutieren können. Auch dafür möchten wir uns bereits heute bedanken.

Inhaltlich müssen vor allem zwei Dinge gesagt werden, die im euphorischen Votum vor allem des freisinnigen Fraktions-sprechers untergegangen sind:

Einerseits hat sich die Schweiz – das kommt im Bericht seltenerweise nicht zum Ausdruck – in Singapur an der Ministerkonferenz des Welthandelssystems sehr – übrigens auftragsgemäss, wie es das Parlament verlangt hat – für die Sozialklausel eingesetzt. Das heisst, dass in Zukunft im Rahmen des Welthandelssystems minimale soziale Grundregeln beachtet werden müssen. Das sind vor allem die Organisationsfreiheit der Arbeitenden, die Abschaffung der Kinderarbeit, die Abschaffung der Zwangsarbeit und die Tarifhoheit, das Tarifverhandlungsrecht der Sozialpartner.

Es ist wichtig, in der Schweiz bekanntzumachen, dass unsere Regierung gewillt ist, sich dafür einzusetzen. Denn dies zeigt die Grenzen des Marktes und auch die Grenzen eines freien Handelssystems. Dieses Handelssystem geht nur dann nicht auf Kosten der Ärmsten, wenn solche Grundvoraussetzungen als Grenzen des Marktes akzeptiert werden. Dagegen gibt es viele Widerstände. Aber diese Widerstände müssen wir angehen. Es war zum Beispiel im letzten Jahrhundert auch so, dass ein Teil der Arbeiter gegen den Miniarbeitstag, also gegen den Elf- oder Zwölfstundentag, oder gegen die Abschaffung der Kinderarbeit war. Man musste ihnen zeigen und sie davon überzeugen, dass das langfristig in ihrer aller Interesse war.

Deshalb sind wir dankbar, dass die Vertreter des Bundesrates das in Singapur gemacht haben, bedauern aber, dass es aus Gründen des Redaktionsschlusses in diesem Bericht gar nicht zum Ausdruck kommt. Deshalb kann bei uns nicht gelernt werden, was hinter diesem Engagement auch an globaler Verantwortung steckt.

Sie können – das ist meine letzte Bemerkung heute – aus der Tatsache, dass die ärmsten Länder in Afrika heute um ein Viertel höher verschuldet sind als vor 10 Jahren und die ärmsten Länder südlich der Sahara drei Viertel des Gewinnes, den sie aus dem Verkauf ihrer Rohstoffe machen, für die Zinszahlungen an die reichen Länder ausgeben müssen, sehen, dass die Reichen immer noch reicher und die Ärmsten noch ärmer werden, wenn der Markt ohne Grenzen funktioniert. Diese Kluft müssen wir jedoch abbauen, weil sie jedes System untergräbt, auch ein Welthandelssystem, wie es jetzt existiert, und das kann nicht unser Interesse sein.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 19.35 Uhr
La séance est levée à 19 h 35*

Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 1996/I, II

Politique économique extérieure. Rapport 1996/I, II

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1997
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	97.002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1997 - 15:00
Date	
Data	
Seite	417-426
Page	
Pagina	
Ref. No	20 041 702

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.